

ein systematisches Vorurteil – mitgeleitet ist. Das heißt also, theorielos weiße Felder zu identifizieren, geht nicht, also muß man sich auch der theoretischen Frage widmen.

Zwei weitere Bemerkungen: Es ist eben angeklungen, die DDR-Forschung, die DDR-Zeitgeschichte sei politiknah. Dies ist richtig, aber nicht zureichend. Wir müssen uns bei der Beurteilung der ehemaligen DDR-Forschung vielmehr bewußt machen, daß ihr Entstehungszusammenhang schon ein politischer war. Das heißt, sie ist wissenschaftlich aktiv geworden aufgrund eines politischen Ereignisses, nämlich der Teilung, und daß also die Politisierung dieser Forschung nicht nur durch die Nähe der da laufenden Politik, sondern durch den ganzen historischen Entstehungszusammenhang entstanden ist, und das hat natürlich wesentlich stringendere und präzisere Konsequenzen.

Da ich selbst lange genug auf diesem Sektor tätig gewesen bin und mir auch die Diskussion der letzten Jahre und Monate angehört habe, vermisste ich als Wissenschaftstheoretiker zwei Aspekte von denen ich bitte, daß man sie vielleicht in den nachfolgenden Bemerkungen berücksichtigt. Ich denke erstens, daß der Leser der Publikation, die die Zeitgeschichte hervorbringt, ein Recht darauf hat, daß der Autor ihm mitteilt, was für ein erkenntnisleitendes Interesse ihn eigentlich bewegt. Ich bin an vielen Stellen der Diskussion darauf gestoßen: Wenn man dieses deutlich sagen würde, wären viele Diskussionen, die mehr oder weniger Glasperlenspiele waren, nicht nötig gewesen. Das erkenntnisleitende Interesse ist: Warum beschäftige ich mich mit dem Thema aus der DDR-Geschichte und in welcher Absicht? Das zweite ist, auch das ist in den Diskussionen schon angeklungen und die politischen Diskussionen der letzten Tage über die politische Bildung in unserem Lande, speziell in bestimmten Bereichen, stellen für mich die Frage: Welchen Verwertungszusammenhang will eigentlich unsere Zeitgeschichtsforschung erreichen? Ich denke in erster Linie an die politische Bildung. Also an die Frage, was sollen die Ergebnisse, die wir als Historiker, als Wissenschaftler erstellen, anschließend letztlich bewirken? Doch nicht alleine eine community-interne Auseinandersetzung, sondern sie sollen doch die politische Bildung erreichen! Auch dies scheint mir ein Aspekt zu sein, der bei der bisherigen Diskussion nicht zureichend, vor allen Dingen aber auch nicht systematisch berücksichtigt worden ist.

Ich verfare so, wie das Programm es mir vorschreibt und gebe zunächst das Wort Herrn Heydemann.

**Prof. Dr. Günther Heydemann:** Herr Vorsitzender, herzlichen Dank. Da heute schon über den wissenschaftlichen Stand der DDR-Forschung gesprochen worden ist und meines Erachtens die wichtigsten Ergebnisse bereits mitgeteilt worden sind, werde ich mich sehr kurz halten und auch an die vorgegebene Zeitbeschränkung. Ich werde deshalb nur zwei Punkte ansprechen. Der erste ist, ich werde noch einmal eine generelle Einschätzung des gegenwärtigen Standes und der weiteren Entwicklung der DDR-Forschung, so wie sie mir sich darstellt, geben. Und zweitens werde ich vor allem zum Diktatur- und Systemvergleich sprechen.

Faßt man nämlich erstens die bisherige Forschungsentwicklung zusammen, so ergibt sich meines Erachtens folgender Trend: Die weitere und vermehrt die zukünftige Forschung der Geschichte der SBZ/DDR wird sich zunehmend mikrohistorischen Studien widmen, wobei institutionengeschichtliche, sozialhistorische, regional- und lokalgeschichtliche Arbeiten immer stärker in den Mittelpunkt rücken werden. Am weitesten ist dies bereits fortgeschritten und deshalb auch am deutlichsten erkennbar bei der Erforschung der Kirchen und oppositionellen Gruppen im Vorwende-prozeß und in der Wende selbst. Besonders an diesem zweiten Hauptschwerpunkt – ein erster wäre vor allem die Zeit der SBZ, auch von Herrn Weber gerade genannt – gegenwärtiger DDR-Forschung, die inzwischen auch die Untersuchung von Massenorganisationen einschließt, wird deutlich, daß weitere vornehmlich sozial- bzw. kultur- und mentalitätsgeschichtlich ausgerichtete Arbeiten eine genauere Beschreibung des sozialen Kontextes von Herrschaft, die Entstehung von Loyalität, Resistenz und Dissidenz sowie deren Rückwirkungen auf die Herrschaftspraxis ermöglichen. Damit vollzieht sich eine Entwicklung, wie sie Mitte der 70er Jahre auch hinsichtlich des Nationalsozialismus erfolgte, etwa wenn man nur an das Projekt „Bayern in der NS-Zeit“ von Martin Broszat in den Jahren 1977 bis 1983 denkt, aber auch die Fortführung von solchen Forschungsarbeiten etwa von Mallmann und Paul für das Saarland sozusagen in einer zweiten Anschubphase, die immer noch für die NS-Erforschung zutrifft und anhält. Die analoge Entwicklung auf dem Gebiet der DDR-Forschung geht allerdings in dieser Hinsicht wesentlich schneller vonstatten als dies bei der NS-Forschung der Fall war. Das mag auch damit zusammenhängen, daß wir durch die NS-Forschung über bestimmte Begriffe verfügen, die wir zwar nicht ohne weiteres, aber doch mit einer gewissen Hilfestellung anwenden können auf die DDR-Forschung. Dies wird mittel- wie langfristig zu einer schrittweise präzierten Rekonstruktion politischer und ideologischer Herrschaftspraxis sowie daraus entspringenden konkreten Sozialverhaltens und entsprechender Lebenserfahrung in individuellen und kollektiven Biographien, aber auch in schichten- bzw. berufsspezifischer Hinsicht führen können.

Zweitens: Die meines Erachtens wichtigste Frage jedoch, welche die DDR-Forschung über diese Grundlagendetailforschung hinaus zu beantworten hat, ist das Problem der DDR-Gesellschaft zwischen politisch-ideologischer Durchdringung einerseits und sozialer Eigendynamik andererseits. Inwieweit das SED-Regime eine totalitäre Diktatur war und inwieweit es die DDR-Gesellschaft tatsächlich durchherrschen konnte bzw. welcher Art von Beharrungsvermögen diese aufwies, ist zumindest empirisch nach wie vor noch wenig geklärt. Diese Frage läßt sich aber allein durch endogene Erforschung der DDR-Geschichte bzw. der SBZ nicht lösen. Insofern muß die weitere DDR-Forschung noch stärker als bisher mit dem methodischen Instrumentarium des Herrschafts- und Systemvergleichs arbeiten, um spezifische Unterschiede der SBZ/DDR mit der NS-Diktatur, mit den Westzonen und der Bundesrepublik sowie den ehemaligen real sozialistischen Staaten genauer bestimmen zu können. Ich meine dabei nicht nur die politischen Herrschaftsstrukturen als solches

sondern auch das spezifische Verhalten der jeweiligen Gesellschaft bzw. Gesellschaften. Diese Vergleiche sind darüber hinaus auch aus konzeptionellen historiographischen Gründen notwendig, soll die DDR-Geschichte als zweifellos integraler Bestandteil – nicht nur der deutschen, sondern auch der europäischen Geschichte im ausgehenden 20. Jahrhundert – (Stichwort Historisierung) – adäquat eingeordnet werden können. Es ist darüber hinaus auch aus lebensweltlichen generationsspezifischen Erfahrungen eines beträchtlichen Teils deutscher Bevölkerung unumgänglich. Fest steht, und ich fasse hier zunächst den gegenwärtigen Stand der Debatte zur Totalitarismustheorie und ihre möglichen Anwendungen auf einen Vergleich zwischen NS- und SED-Regime sehr verkürzt zusammen, daß man nur mit einer stark modifizierten Totalitarismustheorie sinnvoll arbeiten können. Ihre Defizite angesichts der Überzeichnung der Realisierbarkeit des staatlich diktatorischen Machtanspruchs, ihre mangelnde Erklärungskraft hinsichtlich des sozialen Wandels in Diktaturen einschließlich auch der Rückwirkung unintendierter Nebeneffekte auf die Herrschaftspraxis sind bekannt. Gleichwohl wird man auf sie – gerade wegen ihres von Anfang an komparativen Ansatzes – letztlich nicht verzichten können, und zudem ist die Geschichte der SBZ/DDR ohne den Katalysator der NS-Diktatur historisch ohnehin nicht denkbar. Entsprechend ist es erforderlich, die Kennzeichnung von klassischen, inzwischen aber längst überholten Unterscheidungsmerkmalen im kommunistisch-faschistischen Vergleich erheblich zu erweitern und zu verfeinern, um präzisere Kriterien für den spezifischen Vergleich zwischen der NS- und der SED-Diktatur zu gewinnen. Dies schließt gleichermaßen ein, daß man sich auch über die bestehenden Vergleichstypen im klaren ist. Hier ist zwischen einem ganzheitlichen integralen Vergleich beider deutschen Diktaturen zu unterscheiden, der beide Herrschaftssysteme in ihrer Gesamtheit und ihren Hauptmerkmalen, d. h. übergreifende Gemeinsamkeiten, aber auch spezifischen Unterschieden zu erfassen sucht, sowie einem partiellen sektoralen oder selektiven Vergleich, der nur ganz bestimmte Strukturen, Institutionen, Politiken oder Ideologomena – ebenso wie das Verhalten von sozialen Schichten oder Berufsgruppen – in ihrer Lebens- und Alltagswelt herausgreift. Während es sich bei ersterem methodologisch gesehen um eine vergleichende Gegenüberstellung mit eher historisch abstrakten Kriterien handelt, vermag der partielle sektorale Vergleich schon aufgrund seines Zugriffs auf begrenzte Vergleichsobjekte mit präziseren Kriterien zu erfassen. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß nur tatsächlich vergleichbare, d. h. kompatible Untersuchungsgegenstände verglichen werden können. Für beide komparative Ansätze gilt zudem, daß sowohl die jeweilige Aktion des Regimes als auch gleichgewichtig die vielfältige Reaktion der Betroffenen in die Untersuchung einbezogen und damit schon ein genanntes Grunddefizit bisheriger totalitarismustheoretischer Ansätze von Anfang an überwunden wird. Wir haben uns deshalb in Leipzig ganz bewußt auf empirische Forschungsprojekte konzentriert, die in der Regel sektorale bzw. selektive Vergleiche zwischen beiden Diktaturen vornehmen, insbesondere in institutionen- und betriebsgeschichtlicher Hinsicht, wobei mit einem kombinierten politik- und sozialhistorischen Ansatz vorgegangen wird, um gleichgewichtig sowohl die Etablierung

und Existenz des Herrschaftsapparates als auch die eventuelle Beharrungskraft und graduelle Veränderung sozialer Strukturen und Mentalitäten genauer zu erfassen.

Was die weiteren Systemvergleiche mit der früheren Bundesrepublik und den sozialistischen Staaten angeht, so sind diese gegenüber ersten empirischen Ansätzen zum Diktaturvergleich zwischen dem NS- und SED-Regime inzwischen weit zurückgefallen. Das gilt noch mehr für den sogenannten intrasystemaren Vergleich, also etwa den Vergleich der DDR mit Polen oder der Sowjetunion. Hier liegt in der Tat ein gravierendes Defizit vor, etwa auch in Bezug auf die Verflechtung mit dem RGW oder die Ähnlichkeiten bzw. Unterschiede von Oppositionsgruppen. Letzterer scheidet bekanntlich vor allem an mangelnder Sprachkompetenz wie auch im Zugriff auf authentische Quellen in ehemaligen sozialistischen Regimen. Dieser Vergleich ist aber unverzichtbar, will man die besondere Position der DDR und die Spezifika ihres Herrschafts- und Gesellschaftssystems im früheren Ostblock verstehen.

Zielsetzung künftiger Darstellungen der Geschichte der SBZ/DDR wird es sein müssen, die Ambivalenz von Verflechtung und Abgrenzung der geteilten und zusammengehörigen deutschen Nachkriegsgeschichte – wie das mein Kollege Kleßmann treffend und zugleich zutreffend formuliert hat – historiographisch in den Griff zu bekommen, um den von der SED geschaffenen Staat als integralen Bestandteil deutscher wie europäischer Geschichte (Stichwort Langzeitzusammenhang), adäquat porträtieren zu können. Dies besitzt aber zugleich auch eine über die deutsche Geschichte hinausragende Bedeutung. Aufgrund der besonderen historischen Konstellation und der Erfahrung mit zwei Diktaturen steht die deutsche Zeitgeschichtsforschung auch unter einem gewissen internationalen Erwartungsdruck sich mit dem Diktaturen – und Systemvergleich auseinanderzusetzen, wenn das Diktum stimmt, daß dieses zu Ende gehende 20. Jahrhundert vom Kampf zwischen Diktatur und Demokratie geprägt gewesen ist. Und so sehr die Vergangenheit der DDR nach wie vor die Gegenwart des heutigen Deutschlands mitprägt, die geschichtliche Perspektive wird sich langfristig zwangsläufig ändern, wenn man sich vergegenwärtigt, daß Hitler und Honecker schon in 750 Tagen zu historischen Figuren des vorigen Jahrhunderts gehören werden. Danke.

**Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter:** Schönen Dank Herr Heydemann. Manfred Wilke bitte.

**Prof. Dr. Manfred Wilke:** Ich bin gebeten worden, Bilanz und Perspektive des Forschungsverbundes SED-Staat über die Geschichte der DDR vorzutragen, möchte aber zunächst auf zwei Bemerkungen meiner Vorredner eingehen. Die eine richtet sich an Hermann Weber, der uns zu Recht an den Vergleichsmaßstab sieben Jahre nach dem Ende der SED-Diktatur erinnert hat, um auch noch einmal zu erinnern, worin die Bedeutung der Aufarbeitung der DDR-Geschichte im Prozeß des Zusammenwachsens der beiden deutschen Gesellschaften liegt. Es ist der Gesichtspunkt des „Verwertungszusammenhangs“, auf den Clemens Burrichter hinwies.

Die alliierten Besatzungsmächte, die zugleich die Deutschen vom Nationalsozialismus befreien, hatten als erklärtes Ziel die Abstrafung der Nazi- und Kriegsverbrechen und die erste große Werkstattanalyse der nationalsozialistischen Diktatur war der Nürnberger Prozeß. Die friedliche Revolution in der DDR hatte keine Revolutionstribunale. Es gab keine Aburteilung der Nomenklaturkader des SED-Zentralkomitees oder der Generäle des MfS. Runde Tische, freie Wahlen und Akteneinsicht hießen die damaligen Ziele im Herbst 1989. Wolf Biermann empfahl auf seinem denkwürdigen Leipziger Konzert, den „verdorbenen Greisen“ aus dem Politbüro „Rente statt Rache“ zu bieten. Abgesehen von den notwendigen außenpolitischen Rücksichtnahmen auf die Sowjetunion, die der Abrechnung mit den Verantwortlichen der SED Grenzen setzte, schien die Selbstaufklärung der vom MfS Verfolgten zu genügen, um die immateriellen Schäden der Diktatur bald zu überwinden. Das Schlüsselwort für diese Perspektive der Selbstaufklärung – Burrichters Satz des Verwertungszusammenhanges – hieß Akteneinsicht. Sie wurde noch in der DDR politisch durchgesetzt. Aber als die Akten des MfS 1992 wirklich geöffnet wurden, führte das zu einer geschichtspolitischen Auseinandersetzung über die SED-Diktatur, die bis heute anhält.

Die Öffnung dieser MfS-Akten brachte den repressiven Alltag dieser Diktatur zum Vorschein, das Leid der Opfer wurde öffentlich, und moralische Fragen nach Schuld, Verstrickung, Sühne und Versöhnung wurden zum politischen Problem. Die Forderung nach Akteneinsicht drückte das Verlangen nach gesellschaftlicher Selbstbefreiung von Mißtrauen, Lüge und Ungewißheit aus, die Wahrheit über die Diktatur war das Angebot der Opfer an die Täter zu einem versöhnenden Neuanfang. Ich glaube, daß man diesen Ausgangspunkt all dessen, was nach 1989 politisch, publizistisch und historisch geschah, viel zu wenig hervorhebt. Aber der Verlauf der öffentlichen Debatte über das MfS und seine Akten ließ diese Hoffnung der Bürgerbewegung zur Illusion werden. Ein ernstes Grundproblem der historischen Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur im vereinten Deutschland wurde sichtbar, der Westen fühlte sich von der SED-Herrschaft nicht betroffen. Viele betrachteten aus der Zuschauerperspektive die Sensationen aus dem Osten, die die Massenmedien enthüllten. Der republikanische Beistand, den viele Bürgerrechtler aus der DDR im gemeinsamen Urteil über die Diktatur vom Westen erwarteten, er blieb nur schwach.

Nach Öffnung der Akten traten MfS-Offiziere öffentlich und vor Gericht als Kronzeugen auf, versuchten, die von ihnen selbst angelegten Akten zu entwerten, und in vielen Fällen wurde ihre Opfer von einst öffentlich ins denunziatorische Zwielficht gerückt. Der leidenschaftliche Appell von Gerd Poppe aus dem Frühjahr 1992 hält das damalige Meinungsklima fest. Er ist nach meiner Überzeugung ein Satz für die deutschen Schulbücher. Poppe forderte, eine Wahrheit über die DDR nicht zu verdrängen: „Wir waren kein Volk von Widerständlern, noch weniger eines von Denunzianten“.

Die geschichtspolitischen Folgen dieser Akteneinsicht waren unter anderem die Etablierung der ersten Enquete-Kommission, die Einrichtung von Untersu-

chungsausschüssen usw. Im diesem geschichtspolitischen Klima des Frühjahrs 1992 wurde an der Freien Universität der Forschungsverbund SED-Staat gegründet. Erklärte Absicht seiner Initiatoren war es, sich in der eigenen Forschung auf die Führung der SED und damit auf die totalitäre Partei als der zentralen politischen Institution im SED-Staat zu konzentrieren. Aus diesem Anspruch ergab sich das erste Themenfeld von selbst: „Errichtung und Aufrechterhaltung der Diktatur in der DDR durch die SED-Führung und ihren zentralen Parteiapparat“. Da die Leistungen der früheren DDR-Forschung hier schon verschiedentlich zur Sprache kam, an der Freien Universität hat Ernst Richert sein Buch „Macht ohne Mandat“ geschrieben, in dem der Satz steht, der gewissermaßen als Leitsatz über dem, was wir gemacht haben stehen könnte: „Die Regierung der DDR ist der zentrale Parteiapparat der SED“. Begonnen wurde mit einem Forschungsvorhaben über die Nachkriegsplanungen der exilierten Moskauer KPD-Führung 1944/45, deren erste Ergebnisse ich in der vorigen Kommission bereits hier vorgetragen habe. Ich will noch mal darauf zurückkommen, was das wichtigste Ergebnis dieser Studie über die Programmatik der KPD gewesen ist. Die Moskauer Kader der exilierten KPD-Führung bekamen den Auftrag, sich darauf vorzubereiten, die Umgestaltung Deutschlands nach dem alliierten Sieg in die Hände zu nehmen. Sie bekamen den Auftrag, die Ost-Orientierung deutscher Politik durchzusetzen. Dieser Befund hatte unter anderem zur Konsequenz, daß die Moskauer Kader der KPD mental und politisch auf den Kalten Krieg in und um Deutschland eingestellt waren. Der Aufbau des Zentralen Parteiapparates der KPD 1945 war und blieb die grundlegende Entscheidung der sowjetischen Besatzungsmacht für den Aufbau der zweiten Diktatur in ihrer Zone. Die Untersuchung über die Anfänge des Zentralen Parteiapparates der SED offenbart auch den fundamentalen Unterschied zwischen der KPD und allen anderen politischen Parteien in Deutschland.

Waren Sozialdemokraten, Liberale und Christdemokraten darum bemüht, deutsche Souveränität unter den Bedingungen alliierter Besatzung zurückzugewinnen, so sorgten die „Moskauer Kader“ der KPD unnachdsichtig dafür, daß sich die Deutschen den Zielen „ihrer“ sozialistischen Besatzungsmacht unterwarfen. Ein zweites Themenfeld bezieht sich auf die Außenpolitik der DDR in den Systemkrisen. Die Politik der SED in den von uns untersuchten Systemkrisen des sowjetischen Imperiums 1968 der Tschechoslowakei und 1980/81 in Polen zeigt Lug und Trug dieser Propagandaformel vom deutschen Friedensstaat. In beiden Fällen betrieb die SED eine entschlossene Einmischungspolitik gegen die Reformprozesse in den Nachbarländern und bereitete den Einmarsch der Truppen der Nationalen Volksarmee vor. Das Verhalten der SED in diesen Systemkrisen erlaubt auch Rückschlüsse für die Beantwortung der Frage, warum war die SED in all den Jahrzehnten ihrer Herrschaft unfähig zur Reform? Es lag nicht zuletzt daran, daß ihr Sozialismus auf ein Drittel von Deutschland begrenzt blieb. Die SED bekämpfte entschlossen die Idee nationaler Selbstbestimmung in Polen und der Tschechoslowakei und sie hatte, wie wir wissen, allen Grund dazu. In enger Kooperation mit dem „Budapester In-

stitut 1956“ arbeiten wir derzeit an einem Projekt zum „Neuen Kurs“, mit dem die sowjetische Führung 1953 zeitgleich in der DDR und Ungarn Korrekturen der Politik der regierenden kommunistischen Parteien anordnete. Die von oben gewollten Reformen führten in beiden Fällen zu Aufständen von unten gegen die kommunistische Diktatur und demonstrierte der sowjetischen Führungsmacht den engen Spielraum für reformerische Experimente in ihren „Bruderstaaten“.

Die SED erhob den Anspruch, mit Hilfe ihres Machtmonopols die Entwicklung von Staat, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur zu planen, zu steuern und zu kontrollieren. Dies galt auch für die SED-Politik gegenüber der evangelischen Kirche. Im Zusammenhang mit dem Stolpe-Untersuchungsausschuß des Landtages von Brandenburg führte der Forschungsverbund SED-Staat bereits 1992 den Nachweis, daß die zentrale Schaltstelle für die Kirchenpolitik in der DDR weder im Staatssekretariat für Kirchenfragen noch beim MfS zu suchen war, sie lag in den Händen der „Arbeitsgruppe Kirchenfragen“ im ZK der SED. Hier sind auch die Verantwortlichen für die DDR-Kirchenpolitik zu suchen. Seit einigen Jahren befaßt sich eine Arbeitsgruppe des Forschungsverbundes mit der Untersuchung der Ausgrenzung von verfemter bildender Kunst in der DDR, ein Projekt, das unter anderen zurückgeht auf die Akteneinsicht von verfemten bildenden Künstlern der DDR, das Projekt, das wir hoffen im Jahre 1998 abschließen zu können wird zeigen, wie weit die Ansprüche der SED Kultur und Kunst in den Dienst der Partei zu stellen, an dem künstlerischen Beharrungswillen von einzelnen immer wieder scheiterte. So daß also von hier aus der Weg in die Opposition oder in die Ausreise in die Bundesrepublik gegangen wurde. Auf der Leipziger Buchmesse im Frühjahr 1998 wird der Autor Jürgen Serke – seine Bücher über die „verbrannten“ und „verbanneten“ Dichter haben in den siebziger Jahren in der Bundesrepublik Aufsehen erregt – sein Werk über die vergessene DDR-Literatur vorstellen, das durch ein Stipendium der Kultur-Stiftung der Deutschen Bank ermöglicht wurde und in Zusammenarbeit mit dem Forschungsverbund entstand. Neu bewilligt wurde von der DFG gerade ein Forschungsprojekt über die Staatliche Kulturkommission der DDR Anfang der fünfziger Jahre.

Ein weiteres Themenfeld unserer Arbeit bildete die SED-Westpolitik, mit der die Partei im sowjetischen Auftrag zunächst versuchte, die Westbindung der Bundesrepublik zu verhindern, um nach dem Grundlagenvertrag die bundesdeutschen Parteien auf unterschiedliche Weise zu einer Existenzgarantie für ihre diktatorische Herrschaft zu bringen. Zusammenfassend hat sich der politikgeschichtliche Ansatz zur Erforschung der SED-Diktatur als fruchtbar erweisen. Er vergegenwärtigt die Intentionen, Strukturen und Methoden der Diktaturpartei und er ermöglicht es auch, ihre Grenzen und Niederlagen darzustellen. Er ist auch unverzichtbar für die Erforschung von Opposition und Widerstand in der DDR. Das hat Ilko-Sascha Kowalczyk eindrucksvoll gesagt. Die Leistungen der Menschen, die dem totalitären Machtwillen der SED widerstanden oder sich ihr entgegenstellten, lassen sich nur ermessen, wenn die Diktatur selbst zum Gegenstand der Forschung wird, sie ist auch unerlässlich

für den Diktaturenvergleich im Jahrhundert der Weltkriege und totalitären Mega-Regime.

Weder das Ende noch der Anfang der DDR erlauben eine isolierte Betrachtung ihrer politischen Geschichte. Sie ist Teil der Geschichte von Deutschland in der bipolaren Weltordnung nach Hitlers Krieg, in ihr geht es normativ um die Systemauseinandersetzung zwischen Demokratie und Diktatur, weltpolitisch um die Geschichte des sowjetischen Imperiums und seiner Deutschlandpolitik im Kalten Krieg, und unverzichtbar für die demokratische Kultur der Deutschen ist die Erinnerung an Widerstand, Opposition und Resistenz gegen den totalitären Machtanspruch der sowjetischen und deutschen Kommunisten nach der Niederlage der hausgemachten Diktatur der Nationalsozialisten. Danke schön.

**Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter:** Danke schön, Manfred Wilke. Herr Kleßmann bitte.

**Prof. Dr. Christoph Kleßmann:** Vielen Dank, den Vorletzten beißen auch schon die Hunde, nicht erst den Letzten, weil vieles hier schon gesagt worden ist, was ich sonst auch sagen würde. In einer anderen Akzentuierung wird sich einiges wiederholen.

Wir haben ein relativ allgemeines Thema: Chancen, Probleme und Perspektiven. Ich will zu allen drei Punkten etwas sagen, aber nicht sehr konkret auf die speziellen Projekte unseres Instituts eingehen, was sicherlich auch nicht der Sinn der Sache wäre. Die Quellensituation scheint mir extrem günstig zu sein, verglichen mit anderen Feldern der Zeitgeschichte. Darüber ist schon viel geredet worden. Ich möchte nur noch einmal auf einen Punkt hinweisen, der häufig vergessen wird. Die deutsche Teilung hat in Westdeutschland eine kontinuierliche publizistische und fachwissenschaftliche Beobachtung produziert, auch Dokumentationen der Geschichte der DDR. Diese werden bisweilen, wie mir scheint, vergessen oder nicht genügend gewürdigt. Da ist ein umfangreiches Material an Quellen und Literatur entstanden, wenn man nur die frühen Bände des SBZ-Archivs nimmt, die von Monat zu Monat dokumentieren. Das ist auch heute noch außerordentlich wichtig. Also ich würde, um ein bißchen zu provozieren, davor warnen, allzuviel Quellenfetischismus nur aus den Archiven zu betreiben. Daß ansonsten von verschiedenen neuen Institutionen, nicht zuletzt von der Enquete-Kommission, viele neue Impulse auf die DDR-Forschung ausgegangen sind, braucht man hier sicherlich nicht zu betonen. Insofern würde ich meinen, ist es keine Übertreibung zu behaupten, daß kein Gebiet der Zeitgeschichte in kurzer Zeit so intensiv, so breit untersucht worden ist, wie die DDR-Geschichte. Sie gehört neben und nach dem Nationalsozialismus zum besterforschten Terrain der deutschen neueren Geschichte gehört. Die großen Chancen, die das Quellenmaterial bietet und auch das große deutsche und internationale Interesse daran, rufen allerdings auch ein Problem hervor, das sich nach meiner Einschätzung bald herausstellen wird, nämlich einen gewissen Überdruß. Darauf sollte man sich einstellen. Die Warnung vor einer angeblichen Verdrängung der Geschichte der DDR-Diktatur und vor einem

verfrühten Schlußstrich halte ich für weitgehend unbegründet. Der Stand der Aufarbeitung ist sieben Jahre nach dem Ende der DDR ungleich besser, wenn man einmal diesen etwas problematischen Vergleich zieht, als etwa im Jahre 1952 der des Nationalsozialismus. Dennoch gibt es eine Reihe offener Fragen und methodischer Probleme.

Einige politische Probleme, die zeitweilig im Vordergrund der öffentlichen Debatte standen, sollten mittlerweile weitgehend erledigt sein. Dazu gehört die Frage, wer darf oder soll DDR-Geschichte erforschen ebenso wie der bisweilen mit penetranter Rechthaberei geführte Streit um Leistungen und Defizite der alten DDR-Forschung, um Schönfärberei oder um „nationalen Verrat“. Die Schwerpunkte wissenschaftlicher historischer Forschung, und damit komme ich auch noch einmal zu einem Punkt, den Herr Burrichter eben angesprochen hat, können weder in ihren Inhalten noch in ihrer Reihenfolge einfach durch politische Wünsche von außen vorgegeben werden, obwohl natürlich jede Wissenschaft in gesellschaftliche Zusammenhänge eingebunden ist und insofern standortgebunden ist. Aber ich denke, die Schwerpunktsetzung kristallisiert sich aus einem komplizierten innerwissenschaftlichen und außerwissenschaftlichen Prozeß heraus und man sollte in der Tat möglichst deutlich sagen, wo spezifische Erkenntnisinteressen bei bestimmten Projekten liegen.

Versucht man ein vorläufiges grobes Fazit der bisherigen DDR-Forschung zu ziehen, so scheint mir die politische Geschichte des Herrschaftssystems im Vordergrund zu stehen. Ich würde sagen, zu Recht, weil die politische Geschichte den Rahmen für die Untersuchung der Gesellschaft in der Diktatur abgibt. Insofern wäre es absurd, Sozialgeschichte ohne entsprechende Berücksichtigung der politischen Rahmenbedingungen betreiben zu wollen. Ich glaube, das versucht auch niemand ernsthaft. Gleichwohl liegen im sozial- und alltagsgeschichtlichen Bereich nach meinem Eindruck nach wie vor die größten Defizite. Ich will nur ein paar Stichworte nennen: alte Eliten, bürgerliche Traditionen, Milieuresistenz. Aber auch das Verhalten der „führenden Klasse“ und spezifische Formen ihrer Interessenrealisierung gehören für meine Begriffe kurioserweise zu den großen Lücken in der Forschung. Die bereits vorliegenden Untersuchungen etwa zu den Arbeitsbrigaden zeigen, daß hier außerordentlich interessante Aspekte zutage gefördert werden können. In solchen und ähnlichen sozialhistorischen Komplexen liegt ein Schwerpunkt der Forschung, die im Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam betrieben werden, keineswegs ausschließlich, aber mit einer deutlichen sozialgeschichtlichen Akzentuierung. Ich werde das hier im einzelnen nicht vorstellen.

Es geht um vier Projektbereiche, die unter dem Titel „Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen der DDR-Geschichte“ zusammengefaßt sind. Diese beiden Begriffe, Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen, könnte man als einen komplementären Dualismus bezeichnen, der versucht, beides gleichermaßen zu berücksichtigen. Gewalt von oben war notwendig, aber Mitmachen von unten gehörte ebenfalls dazu, um das Ganze hinreichend zum Funktionieren zu bringen. Vielleicht nur ganz knapp einfach einmal die Titel

der vier Projekte, um die es da geht. Das erste, ein im wesentlichen politikhistorisches Thema: „Die DDR zwischen Sowjetisierung und Eigenständigkeit“, also die vorhin schon einmal angesprochene Frage nach Handlungsspielräumen und Entscheidungsprozessen in unterschiedlichen Zusammenhängen in der Außenpolitik, aber auch in der Frage der Parteisäuberung, sozusagen der antizipierten Sowjetisierung durch deutsche Kader. Ein zweiter, stärker sozialwissenschaftlich orientierter Projektbereich „Führungsgruppen und Apparate des SED-Regimes“, also die Frage nach Funktionseliten, ihrer Rekrutierung, der Ausschaltung alter Eliten, der Einbindung in neue Zusammenhänge und der Funktionsfähigkeit dieser Eliten. Schließlich drittens: Herrschaft und Eigensinn – mit einem Bindestrich dazwischen, der ist wichtig –, in der sozialistischen Diktatur. Eine Mikrostudie, eine alltagshistorische Untersuchung, die versucht, Herrschaft im Prozeß ihrer Realisierung und auch in ihrer Umformung in einem überschaubaren Untersuchungsfeld in brandenburgischen Beispielen etwas näher unter die Lupe zu nehmen; und schließlich viertens die Frage nach der „Rolle von Geschichtswissenschaft und Geschichtsvermittlung im Prozeß der Herrschaftssicherung“, aber auch unter dem Aspekt, welche internen Debatten dort abgelaufen sind. Wie Autonomie von Wissenschaft oder Restbestände von Autonomie der Wissenschaft mit den Vorgaben von oben kollidieren, also sehr plakativ formuliert, wie weit auch Geschichtswissenschaft Konfliktgeschichte gewesen ist.

Abschließend möchte ich auf zwei Probleme hinweisen, die mir bislang gar nicht oder völlig unzureichend gelöst zu sein scheinen, und die für die weiteren Perspektiven der DDR-Forschung, um die es ja hier vorwiegend auch gehen soll, von zentraler Bedeutung sind.

Erstens: Die Gefahr der Verinselung, der relativen Isolierung der DDR-Forschung. Ich glaube, ihr wird man nur entgegen können durch Einbeziehung in breitere thematische Bezüge. Das hat Herr Heydemann eben auch schon einmal angesprochen, vorhin ist es auch schon einmal erwähnt worden. Dazu gehören vor allem komparatistische Untersuchungen für die DDR und die osteuropäischen Länder. Gegenüber diachronen Vergleichen, also zwischen NS- und SED-Diktatur, haben diese synchronen Vergleiche mit Osteuropa große Vorzüge. Das Problem der Zeitverschiebung entfällt weitgehend. Man hat es mit den gleichen weltpolitischen Rahmenbedingungen und mit Zeitgenossenschaft zu tun. Der Ausgangspunkt der politischen Determinanten des Herrschaftssystems ist ähnlich oder gleich und innerhalb dieser in Grundzügen vorgegebenen gleichen Rahmenbedingungen kann man dann sehr viel besser die Besonderheiten, die Wirksamkeit nationaler Traditionen, die Möglichkeiten und Spielräume nationaler und gruppenbezogener Akteure erfassen. Diese Forderung nach Vergleichen mit osteuropäischen Ländern wird ebenso oft erhoben wie selten realisiert. Das hat, darauf wurde auch schon hingewiesen, mit Sprachproblemen zu tun. Es hat aber auch damit zu tun, daß die Teildisziplinen vor 1989 extrem voneinander abgeschottet waren. Allgemeine Zeitgeschichte, DDR-Forschung und Osteuropa waren getrennt. Die DDR und die ostmitteleuropäischen Länder waren im Westen im wesentlichen ein Feld für

Spezialisten. Man blieb sozusagen unter sich. Daraus resultieren zu einem großen Teil die Probleme heute, diese wissenschaftsgeschichtlich auch dringend notwendige Zusammenführung zustande zu bringen. Hier gibt es einen erheblichen Nachholbedarf, und die West- und Mitteleuropäer müssen sich nach dem Ende des Ost-West-Konflikts daran gewöhnen, daß Osteuropa ein wesentlicher Bestandteil Europas ist. Die gegenwärtige Konjunktur der DDR-Forschung wird auf absehbarer Zeit nachlassen. Ihre Verbindung mit der vergleichenden Osteuropaforschung und auch mit einer umfassender konzipierten Deutschlandforschung kann dem vielleicht entgegenwirken und ist um so dringlicher.

Damit komme ich zu dem zweiten und letzten Punkt, der nämlich auf Probleme und künftige Perspektiven der zeithistorischen DDR-Forschung hinweist. Ziel einer kritischen Historiographie kann in Zukunft nicht sein, die DDR-Geschichte umstandslos in die gesamtdeutsche Geschichte einzugliedern, die dann sozusagen teleologisch auf das Datum 1990, die Wiedervereinigung, ausgerichtet ist. Das wäre in meinen Augen eine neue Variante von ideologisierte Geschichtskonstruktion. Ebenso wenig läßt sich die eingebürgerte historiographische Trennung von zwei Staaten weiterführen. Beide Staaten waren, wenn auch mit unterschiedlichem Gewicht, in ein dreifaches Koordinatensystem eingefügt. Auch das ist schon angedeutet worden. Einmal in die globale Konstellation des Kalten Krieges, zum anderen waren beide Staaten aber auch eigenständige Subjekte von Politik, und ihre Gesellschaften entwickelten eine eigene Dynamik. Schließlich drittens, und darauf kommt es mir hier an, waren beide Staaten durch Konfrontation und Kooperation stärker miteinander verflochten als sie lange Zeit wahrhaben wollten. Und diese deutsch-deutsche Verflechtung und ihre jeweilige Negation des Konkurrenzstaates macht den stärksten Unterschied der DDR mit den osteuropäischen Staaten aus. Das deutsch-deutsche Verhältnis blieb stets von einer starken Asymmetrie geprägt, aber es bestimmte die innere und äußere Geschichte beider Staaten nachdrücklich und ich glaube, das Verständnis für diesen Sachverhalt ist nach 1990 erheblich gewachsen. Die DDR ist ohne das Magnetfeld der Bundesrepublik überhaupt nicht verständlich. Umgekehrt, und das wird sehr viel weniger thematisiert, wirkten aber auch die Existenz und natürlich die Einflußversuche der DDR in die Bundesrepublik hinein sehr intensiv auf die innere Entwicklung der Bundesrepublik. Hier gibt es noch viel an empirischen Einzelthemen aufzuarbeiten, was die Kirchen, was die Frauenpolitik, was die Sozialpolitik, aber auch die Wissenschaftsgeschichte angeht. Wie, und damit komme ich zum Schluß, die historiographische Verbindung beider Teilgeschichten konzeptionell aussehen kann, das scheint noch ziemlich unklar zu sein. Vielleicht können wir ja darüber noch einmal diskutieren. Eine neue Nationalgeschichte mit dem Ziel der Identitätsstiftung halte ich für sehr problematisch. Zunächst einmal ist diese Dialektik von Abgrenzung und Verflechtung empirisch auf unterschiedlichen Themenfeldern zu erforschen und da gibt es ja bereits auch einige sehr ergiebige Beispiele, etwa wenn man an die Praxis der Vergangenheitspolitik in beiden Staaten denkt. Fortbestehende Verbindungen, Wechselwirkun-

gen und dezidierte Abgrenzung auf beiden Seiten müssen in einem solchen Konzept, was weder gesamtdeutsch ist noch der alten Arbeitsteilung folgt, richtig ausbalanciert und miteinander in Beziehung gesetzt werden. Damit bleibt deutsche Nachkriegsgeschichte ein sperriger Gegenstand, aber das macht vielleicht gerade ihren wissenschaftlichen Reiz und ihre politische Bedeutung und Problematik aus. Dankeschön.

**Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter:** Schönen Dank, Herr Kleßmann. Bitte Armin Mitter.

**Dr. Armin Mitter:** Meine Damen und Herren, ich bin versucht, den Spruch von Herrn Kleßmann, also den Letzten, den Vorletzten beißen die Hunde, umzudrehen und zu sagen: „Der Letzte beißt und er könnte diejenigen beißen, die vor ihm ausgeführt haben.“ Also ich möchte das auf keinen Fall tun, aber ich möchte auch nicht all das wiederholen, was hier an Forschungsprojekten genannt worden ist. Vielem kann ich mich anschließen. Vielen meiner früheren oder noch jetzigen Kontrahenten würde ich vorbehaltlos zustimmen, insbesondere dem, was Herr Kleßmann gesagt hat. Nur möchte ich nur am Rande bemerken, es sollte eben nicht immer nur bei Konzeptionen bleiben, sondern man sollte dann doch zu den Tatsachen übergehen, diese Dinge dann wirklich auch initiieren und nicht immer große Forschungsprojekte schreiben für irgendwelche Stiftungen und irgendwelche Förderungen, wo dann der Antrag eigentlich schon das Ergebnis vorgewinnt, sondern es sollte dann auch wirklich mit den Dingen einmal begonnen werden. Es ist eben schon sieben Jahre her, als ich die erste Konzeption gelesen habe, in der dieser osteuropäische Vergleich formuliert worden ist, der auch von anderen Seiten angemahnt worden war. So könnte man verschiedene andere Dinge, die hier auch von anderen Referenten genannt wurden, auch nennen. Ich möchte mich ganz pointiert mit einem ganz bestimmten Punkt beschäftigen und ich verspreche Ihnen, ich werde die Zeit 100 %ig einhalten, ich bemühe mich sogar, sie zu unterschreiten.

Und zwar geht es mir darum, das Verhältnis zwischen akademischer Forschung und außerakademischer Forschung ein wenig zu beleuchten, und zwar aus der Perspektive von 1989 und der sich daraus entwickelnden Situation, wie wir sie heute vorfinden. Der Zusammenbruch der DDR bedeutete auch für die Historiker eine völlig neue Situation. Dabei standen für beide Seiten Deutschlands unterschiedliche Bilanzen zu Buche. Im Osten war mit dem Zusammenbruch des Sozialismus auch die Legitimationsbasis der Zeitgeschichtshistoriker weggebrochen. Ich glaube, ich brauche die Gründe dafür überhaupt nicht auszuführen, das ist längst geklärt. Im Westen Deutschlands mit einem pluralistischen Wissenschaftssystem waren die Zeitgeschichtshistoriker gezwungen, ihren unter den Bedingungen der Zweistaatlichkeit entstandenen Standort ebenfalls neu zu bestimmen. Es ging dabei entweder um die Verteidigung oder die Verbesserung der eigenen strategischen Position in der Wissenschaftslandschaft. Die Standorte prägten in nicht unerheblicher Weise die inhaltliche forschungspolitische Diskussion. Zunächst ist festzuhalten, und da stimme ich vorbehaltlos dem, was Herr Prof. Weber ausgeführt hat, zu, daß eine Basis von

soliden Forschungsergebnissen zur DDR-Geschichte vorhanden war, – insbesondere sind hier die Arbeiten von Herrn Weber und Herrn Fricke zu nennen, ich nenne sie nicht, weil beide anwesend sind, sondern weil das meines Erachtens unumstritten ist –,

**(Zwischenruf Sv. Dr. h.c. Karl Wilhelm Fricke: „Wir bekommen auch schon rote Ohren.“)**

auf die in der völlig neuen Situation aufgebaut werden konnte. Ich betone, es war eine völlig neue Situation. Das pluralistische Wissenschaftsverständnis führte jedoch auch dazu, daß vor dem Hintergrund dieser neuen Situation heftige wissenschaftspolitische Auseinandersetzungen geführt wurden, wobei es darum ging, welchen Stellenwert in der Hauptsache die Untersuchung des politischen Systems in der DDR respektive im gesamten sozialistischen System hatte. Dabei lag der Schwerpunkt oftmals darauf, die plötzlich zur Verfügung stehenden erheblichen finanziellen Mittel für sich zu reklamieren. Meines Erachtens befinden wir uns heute in einer Phase, in der diese wissenschaftspolitischen Auseinandersetzungen durch die Verteilung der Mittel als abgeschlossen betrachtet werden kann. In der wissenschaftlichen Diskussion haben sich aber die Grenzen eines sozialwissenschaftlichen Ansatzes, der oftmals nur eine Fortsetzung der systemimmanenten Betrachtungsweise ist, zumindest aber an diese systemimmanente Betrachtungsweise anknüpft, deutlich gezeigt. Ebenso gibt es aber keine Arbeiten von Historikern, die sich der Totalitarismustheorie verpflichtet fühlen, die ein entscheidend neues Bild von der DDR geprägt haben. Beide Richtungen haben sich eher aufeinander zubewegt, was hier in den Diskussionsbeiträgen deutlich zum Ausdruck kam, ohne daß die prinzipiell gegensätzlichen Standpunkte verwischt worden sind. Deutlich ist allerdings geworden, daß der Untersuchung des Herrschaftssystems weit mehr Raum eingeräumt werden muß, als dies vor 1989 der Fall war. Aus welchen Gründen auch immer, eine Reihe davon sind hier genannt worden. Dies ist aber meines Erachtens in erster Linie nicht Historikern zu verdanken. In erheblichem Maße denjenigen, die 1989 nicht nur auf die Straße gegangen sind, sondern auch ohne professionellen Hintergrund sich vorrangig mit der Geschichte des Herrschaftssystems in der DDR beschäftigt haben. Ich spreche von den vielen Initiativen, die sich zur Erforschung der DDR-Geschichte bildeten und in ganz entscheidender Weise die Forschung vorangetrieben haben. Ihnen ist es zu verdanken, und das wird häufig vergessen, daß wir heute in den ehemaligen DDR-Archiven so exzellente Zugangsbedingungen vorfinden. Diese Initiativen haben deutlich gemacht, daß die Erforschung der zweiten Diktatur nicht nur eine Angelegenheit der akademischen Forschung sein kann, sondern ganz entscheidend das Zusammenwachsen zwischen Ost und West prägt. Von Seiten der akademischen Forschung hat man diese Initiativen nur zögerlich zur Kenntnis genommen. Ausdrücklich möchte ich darauf verweisen, und jetzt, Herr Fricke, kriegen Sie auch wieder rote Ohren, daß insbesondere Herr Fricke und Herr Weber sich von der Mehrheit ihrer Fachkollegen unterschieden haben und auf vielfältige Weise diese Initiativen unterstützten. Außerdem gilt das auch für die unterschiedlichen Einrichtungen der politischen Bildung. Also,

die Heinrich-Böll-Stiftung, die Konrad-Adenauer-Stiftung ebenso wie die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Naumann-Stiftung. Aber auch die Bundeszentrale für politische Bildung und die Landeszentralen für politische Bildung haben in den vergangenen Jahren diesen Initiativen oder Personen immer wieder ein großes Podium eröffnet. Dagegen wurde von akademischer Seite oftmals versucht, mit dem Hinweis auf mangelnde Professionalität diesen Initiativen deren Wissenschaftlichkeit abzusprechen und deren Arbeiten als Ergebnis von politisch-moralisch rigorosen Standpunkten geprägt abzuqualifizieren. Meines Erachtens in erster Linie, um einer substantiellen Auseinandersetzung von vornherein aus dem Wege gehen zu können. Statt dessen wurde die Zusammenarbeit mit ehemaligen SED-Historikern gesucht, die versuchten, an die wissenschaftstheoretischen Positionen im Westen zu kommen und bereit waren, um des eigenen Überlebens willens, diese bedingungslos zu akzeptieren. Innovatives Denken ist von diesen Historikern nur begrenzt zu erwarten gewesen, und es ist auch so gekommen, es ist nur begrenzt eingetroffen. Tatsächliche Innovation kann meines Erachtens aufgrund der nunmehr reduzierten Mittel kaum stattfinden. Das stärkt eindeutig die hierarchisch gegliederte akademische Forschung. Man muß sich vorstellen, natürlich hat ein Professor mehr Macht, wenn er über die knappen Mittel verfügt und natürlich auch die Institutionen entsprechend viel stärker von oben nach unten diktieren. Es ist eben sehr schwierig, für den außerakademischen Kreis überhaupt an solche Fördermittel heranzukommen.

(Zwischenrufe...)

Also das ist meines Erachtens fast unumstritten. Gefragt ist eine breite Diskussion in der Öffentlichkeit; deshalb ist es notwendig, gerade im Osten Deutschlands diese außeruniversitären Initiativen finanziell zu unterstützen. Für die akademische Forschung sind genügend Mittel zur Verfügung gestellt worden in den letzten Jahren. Es geht jetzt darum, deren Verteilung transparenter zum machen und vor allen Dingen die Kriterien dafür. Inhaltlich müßte noch viel stärker empirisch argumentiert werden, um den jeweiligen theoretischen oder methodischen Ansatz zu exemplifizieren. Es darf nicht bei Absichtserklärungen bleiben. Es ist deutlich geworden, daß das vorhandene theoretische Instrumentarium nicht ausreicht, und ich glaube da sind sich alle einig, um entscheidend die Forschung voranzubringen. Vielen Dank.

**Gesprächsleiter Prof. Dr. Clemens Burrichter:** Schönen Dank, Armin Mitter. Tatsächlich bist Du unterhalb der Zeitvorgabe geblieben. Ich möchte die Diskussion damit eröffnen, daß ich den letzten Gedanken von Herrn Mitter noch einmal aufgreife, mit einer ergänzenden Anregung. Es ist sicherlich richtig, daß hier zwei verschiedene Welten sich mit der DDR-Vergangenheit je nach ihrer Profession oder ihrer Betroffenheit beschäftigt haben. Wenn wir daraus Folgerungen ziehen wollen, Armin, denke ich, und darüber sollte man diskutieren, ob man sie nicht auseinanderdividiert, sondern ihnen versucht, den Weg zu ebnen, aufeinander zuzugehen. Ich kann mir vorstellen, eine akademische Forschung kann sehr wohl auf diese Initiativen zurückgreifen, die wie-